Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4948

31. 03. 76

Sachgebiet 75

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Haenschke, Konrad, Schäfer (Appenweier), Dr. Ehrenberg, Junghans, Kern, Liedtke, Reuschenbach, Dr. Schäfer (Tübingen), Dr. Hirsch, Dr. Wendig, Kleinert, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Graf Lambsdorff, Zywietz und der Fraktionen der SPD, FDP betr. friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland — Drucksachen 7/3410, 7/3871 —
— Drucksache 7/4600 —

zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr.-Ing. Laermann, Hoffie, Dr. Graf Lambsdorff, Frau Schuchardt, Kern, Wolfram (Recklinghausen), Flämig, Dr. Jens, Kaffka, Dr. Lohmar, Reuschenbach, Scheu, Schwedler, Stahl (Kempen) und der Fraktionen der SPD, FDP betr. rationelle und sparsame Energieverwendung — Drucksachen 7/2890, 7/3595 — und zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Haenschke, Konrad, Schäfer (Appenweier), Dr. Ehrenberg, Junghans, Kern, Liedtke, Reuschenbach, Dr. Schäfer (Tübingen), Dr. Hirsch, Dr. Wendig, Kleinert, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Graf Lambsdorff, Zywietz und der Fraktionen der SPD, FDP betr. friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland — Drucksachen 7/3410, 7/3871 —
— Drucksache 7/4607 —

A. Problem

Die friedliche Nutzung der Kernenergie, die rationelle sparsame Energieverwendung, der Einsatz heimischer Energiequellen, insbesondere der Kohle und die Entwicklung neuer Energietechniken sind als Teile einer Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu betrachten.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die in ihren Antworten genannten Maßnahmen unverzüglich in Angriff zu nehmen, insbesondere weitere Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Zuverlässigkeit kerntechnischer Anlagen zu ergreifen.

Einmütigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

keine

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

A. Bericht der Abgeordneten Kern, Lenzer und Dr. Laermann

I.

Beide Entschließungsanträge wurden in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Januar 1976 dem Ausschuß für Forschung und Technologie federführend, dem Innen- und Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Innenausschuß hat beide Anträge am 11. Februar 1976 beraten und mit Mehrheit empfohlen, dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP zuzustimmen (Drucksache 7/4607). Der Wirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung am 18. Februar 1976 auf die Beratung beider Anträge verzichtet, nachdem feststand, daß im federführenden Ausschuß hierüber abschließend beraten werden sollte.

Der Technologieausschuß hat die Vorlagen am 17. März 1976 abschließend behandelt und einstimmig den dem Hohen Hause zur Annahme empfohlenen Antrag beschlossen.

II.

Der Technologieausschuß hat beide Entschließungsanträge gemeinsam beraten, da die in ihnen zum Ausdruck kommenden Auffassungen und Zielsetzungen fast identisch sind. Die Ausschußmitglieder waren ebenso wie die Fraktionen des Deutschen Bundestages der Meinung, daß die grundlegenden Probleme der Sicherheit und Zuverlässigkeit, der Umweltreinhaltung und Wirtschaftlichkeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie erkannt und lösbar sind. Andererseits war der Ausschuß der Ansicht, daß die in den Antworten der Bundesregierung genannten Maßnahmen, den Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu gewährleisten und die rationelle sowie sparsame Energieverwendung zu fördern und zu verbessern, unverzüglich in Angriff genommen werden sollten, wobei der notwendigen Sicherheit von kerntechnischen Anlagen der Vorrang einzuräumen ist. Um eine einheitliche, interfraktionelle Beschlußfassung zu ermöglichen, haben sich die Fraktionen auf eine gemeinsame Entschließung verständigt.

Bonn, den 17. März 1976

Kern **Lenzer** **Dr. Laermann**

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Antworten der Bundesregierung auf die beiden Großen Anfragen der Koalitionsfraktionen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 7/3871) und zur rationellen und sparsamen Energieverwendung (Drucksache 7/3595). Er betrachtet sie als einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Möglichkeiten, Energie sparsam und rationeller zu verwenden und gleichzeitig die Umweltbedingungen zu verbessern.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Notwendigkeit, die friedliche Nutzung der Kernenergie, sparsame und rationelle Energieverwendung, den Einsatz heimischer Energiequellen — insbesondere Kohle — und die Entwicklung neuer Energietechniken als Teile einer Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu betrachten. Er fordert die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen auf diesem Gebiet fortzuentwickeln. Die in der Antwort der Bundesregierung genannten Energieeinsparungsmöglichkeiten müssen daher ebenso wie die geänderten Wachstumsschätzungen im wirtschaftlichen Bereich bei der nächsten Fortschreibung des Energieprogramms berücksichtigt werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß eine Fortentwicklung der Energiepolitik berücksichtigen, daß sich die Beziehungen zwischen Energieverbrauch und Entwicklung des Bruttosozialprodukts offensichtlich verändert haben. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, bei der künftigen Fortschreibung des Energieprogramms und bei ihren Aussagen über den Ausbau der Kraftwerkskapazität sowohl diese neuen Elemente als auch die bessere Nutzung der erzeugten Energie, die Rückgänge im Energieverbrauch der letzten Jahre und die Überlegungen für ein organisches Wachstum auch auf dem Energiesektor zu berücksichtigen.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Notwendigkeit, alle Einsparungsmöglichkeiten zu nutzen, und weist auf die großen energie- und umweltpolitischen Chancen hin, die mit der Kopplung von Strom- und Wärmeerzeugung verbunden sind. Er erwartet, daß bei der Errichtung von thermischen Kraftwerken künftig die Voraussetzungen für die spätere Nutzung der Wärmekraftkopplung geschaffen werden, um den Nutzungsgrad der Anlagen zu erhöhen und die Umweltbelastungen zu senken. Der Bundestag bekräftigt seine Auffassung, daß der notwendigen Sicherheit kerntechnischer Anlagen Vorrang einzuräumen ist vor wirtschaftlichen Belangen, und bestätigt die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, die Sicherheitsvorschriften ständig dem fortschreitenden Stand der Kenntnisse über die verbleibenden Risiken anzupassen. Die Gewährleistung der Sicherheit ist aber nicht nur eine Frage der Sicherheitsbestimmungen, sondern zunehmend eine Frage der personellen und organisatorischen Ausstattung der für die Sicherheitsaufsicht verantwortlichen Stellen. Der Bundestag erwartet daher, daß Bundesregierung und die Landesregierungen die notwendigen Maßnahmen auf diesem Gebiet sach- und fristgerecht treffen.

Er begrüßt die Feststellung der Bundesregierung, daß die im Energieprogramm für nötig erachteten Zuwachsraten der Kernenergienutzung keine vorgegebene Bedingung sind, der sich die Schutzmaßnahmen unterzuordnen hätten. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß die Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Bevölkerung vielmehr Voraussetzungen sind, von deren konsequenter Erfüllung jede einzelne Genehmigung und damit auch die Realisierung des Energieprogramms abhängen.

Der Deutsche Bundestag sieht den wirtschaftlichen Nutzen der Kernenergie: Die friedliche Nutzung der Kernenergie kann die Versorgungsrisiken mindern, die durch kaum beeinflußbare Entwicklungen auf dem Erdölsektor entstehen und die Unabhängigkeit der inländischen Energieerzeugung stärken. Er erkennt andererseits die Risiken, die mit der Errichtung von Kernkraftwerken und kerntechnischen Anlagen verbunden sind.

Er fordert alle Verantwortlichen auf, dem Beitrag der einheimischen Energieträger zur Energieerzeugung besondere Aufmerksamkeit zu schenken und diese optimal einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag hat den bisherigen Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung über die friedliche Nutzung der Kernenergie aufmerksam verfolgt. Er sieht darin einen begrüßenswerten Vorgang öffentlicher Meinungsbildung. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, ihren Beitrag zur Information und zum Dialog zu intensivieren und sowohl Vorteile, als auch die verbleibenden Risiken der Kernenergienutzung in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die grundlegenden Probleme der Sicherheit und Zuverlässigkeit, der Umweltreinhaltung und Wirtschaftlichkeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie soweit erkannt sind und auch als lösbar angesehen werden können, daß einem Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei Anwendung und Fortentwicklung der gesetzlichen Vorschriften prinzipiell nichts mehr im Wege steht. Die Antworten der Bundesregierung auf die beiden Großen Anfragen zeigen jedoch auch, daß es neben den grundsätzlichen Problemen, deren Lösung zur Entscheidung über den Ausbau der friedlichen Nutzung von Kernenergie führte, eine Reihe von Einzelproblemen gibt, die durch große Anstrengungen seitens der Hersteller und Betreiber sowie durch Forschungsprogramme zur Verbesserung von Sicherheit und Zuverlässigkeit von kerntechnischen Anlagen gelöst werden müssen. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Priorität dieser Arbeiten und fordert die Bundesregierung auf, die nötigen Maßnahmen hierfür frühzeitig zu ergreifen und eventuell erforderliche Mittel bereitzustellen.

Die Bundesregierung sollte auch sicherstellen, daß Entscheidungen nicht auf der Grundlage von Einzelaspekten gefällt werden, sondern daß wegen der möglicherweise sowohl räumlich als auch zeitlich weitreichenden Auswirkungen über die Einzelverfahren hinaus die Gesamtheit aller Anlagen in der Bundesrepublik und ihren Nachbarländern sowie alle Folgebelastungen ausreichend mitberücksichtigt werden.

Um den Ausbau der friedlichen Nutzung von Kernenergie zu gewährleisten und die rationelle und sparsame Energieverwendung zu fördern und zu verbessern, soll die Bundesregierung die in ihren Antworten genannten Maßnahmen unverzüglich ergreifen und dem Bundestag hierüber 1977 Bericht erstatten.

Bonn, den 17. März 1976

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Pfeffermann	**Kern**	**Lenzer**	**Dr. Laermann**
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatter		